

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Kommunen kommt Schlüsselrolle bei der Energiewende zu

Die Umsetzung der Energiewende stand im Mittelpunkt von Beratungen der hessischen Landräte mit dem Kommissar für Energie der Europäischen Kommission, Günther Oettinger, am Hauptsitz der Europäischen Union in Brüssel.

Die Landräte wiesen Kommissar Oettinger in dem Gespräch auf die Schlüsselfunktion der Landkreise, Städte und Gemeinden und der lokalen Energieversorger beim erforderlichen Ausbau der erneuerbaren Energien hin. Sie betonten, dass kommunal getragene Einrichtungen auf eine wesentliche größere Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen und deshalb die Energiewende nur im Schulterschluss mit den Kommunen zügig umgesetzt werden kann. Nur durch ein möglichst breites Engagement der Kommunen im Bereich der erneuerbaren Energien kann der Ausstieg aus der Atomkraft geschaffen und der Einstieg in ein neues Energiezeitalter realisiert werden.

In diesem Zusammenhang appellierten die Landräte bei der Zusammenkunft mit Kommissar Oettinger in der Hessischen Landesvertretung erneut an die im Landtag vertretenden Fraktionen, im Rahmen der laufenden Kommunalrechtsnovelle die in Hessen nach wie vor bestehenden Hindernisse im kommunalen Wirtschaftsrecht zu beseitigen. Künftig müsse – durch Änderung der Hessischen Gemeindeordnung – den Landkreisen, Städten und Gemeinden in den Bereichen Energieversorgung und -erzeugung ein gleichberechtigtes Tätigwerden neben den privaten Anbietern ermöglicht werden. Hierdurch würde auch die Wettbewerbsverzerrung und Ungleichbehandlung gegenüber den anderen Bundesländern entfallen, deren Gesetze entsprechende Hindernisse nicht vorsehen.



Präsident des
Hessischen Landkreistages
Landrat Robert Fischbach

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

nach Einschätzung von Fachleuten werden ca. 80% aller vor Ort in den Städten, Gemeinden und Landkreisen anstehenden Entscheidungen von Vorgaben der Europäischen Union beeinflusst. Dies sowie die aktuellen Entwicklungen auf dem Gebiet des Energiesektors waren Anlass für eine Tagung der hessischen Landräte in Brüssel.

Hierüber sowie über weitere, aus Sicht des Hessischen Landkreistages interessante Themen möchte dieser Newsletter informieren.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr
Robert Fischbach

Inhalt

| | |
|---|-----------------|
| AKTUELLE THEMEN | SEITE 02 |
| <ul style="list-style-type: none"> ■ Die Europäische Union im Fokus ■ Kassen der hessischen Landkreise bleiben in tiefroten Zahlen | |
| KURZ NOTIERT | SEITE 03 |
| <ul style="list-style-type: none"> ■ Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn im Rechts- und Europaausschuss ■ Rückzug des Landes aus der Finanzierung von Beratungsstellen für Schwangere nicht hinnehmbar ■ Im Bundesvergleich ist die Finanzausstattung der hessischen Landkreise Besorgnis erregend ■ Strategien gegen den Ärztemangel debattiert | |
| AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG | SEITE 04 |
| <ul style="list-style-type: none"> ■ Jobcenter brauchen flexibles Handwerkszeug ■ DLT begrüßt Einstellung des ELENA-Verfahrens – E-Government muss trotzdem weiterentwickelt werden | |
| PERSONALIEN, TERMINE | SEITE 04 |



Zu Gast im Europäischen Parlament

Die Europäische Union im Fokus

Neben der Energiepolitik standen weitere Themen auf der Agenda des diesjährigen Landräteseminars, die mit Fachleuten am Hauptsitz der EU in Brüssel erörtert werden konnten.

Zu den aktuellen Herausforderungen des Vergaberechts standen mit Katharina Vierlich-Juerke (Generaldirektion

Binnenmarkt) und der Europaabgeordneten Heide Rühle (Berichterstatteerin des Initiativberichts im Europäischen Parlament) zwei kompetente Ansprechpartnerinnen zur Verfügung. Die für Hessens Landkreise so bedeutende Breitbandversorgung wurde mit der Europaabgeordneten Sabine Verheyen (Kommunalpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe, Verfasserin der Stellungnahme im Regionalausschuss) und Dr. Peter Stuckmann (Policy Officer der Europäischen Kommission für Breitbandversorgung) fachlich vertieft.

Kassen der hessischen Landkreise bleiben in tiefroten Zahlen

Insgesamt sollen nach dem Regierungsentwurf für den Landeshaushalt 2012 im Kommunalen Finanzausgleich des nächsten Jahres 235,930 Mio. Euro mehr für die Zuweisungen an die hessischen Kommunen zur Verfügung stehen als in diesem Jahr. Dies ist kein Verdienst des Landes, sondern den Steuerermehreinnahmen zuzuschreiben, die der hessische Finanzminister aufgrund der konjunkturellen Belebung für das nächste Jahr erwartet. Es sind allerdings Zweifel angebracht, ob angesichts des Rückgangs des Wirtschaftswachstums und der Turbulenzen auf den Finanzmärkten sich diese Erwartungen erfüllen werden.

Bei aller Freude über die guten Prognosen darf zudem nicht die dramatische Ausgangssituation der hessischen Landkreise übersehen werden.

Auch der Deutsche Landkreistag hat in der jüngsten Sitzung seines Finanzausschusses festgestellt, dass die Entwicklung der Kreisfinanzen in Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern außerordentlich besorgniserregend ist. Weil dringender Handlungsbedarf besteht, teilt der Finanzausschuss des Deutschen Landkreistages die Absicht des Hessischen Landkreistages, Verbesserungen notfalls juristisch einzuklagen.

Die Tatsache, dass 2011 alle 21 hessischen Landkreise ihren Haushalt nicht ausgleichen können, ist unverkennbares Zeichen dafür, dass es sich um ein strukturell angelegtes und nicht von den Kreisen verursachtes Problem der Kreisfinanzierung handelt. Selbst die verheißenen Verbesserungen bis 2015 durch die stufenweise Übernahme der Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund, die steigenden Grundlagen für die Kreis- und Schulumlage infolge der höheren Steuereinnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie der Aufwuchs der Finanzausgleichsmassen und der Hilfen aus dem beabsichtigten Tilgungsfonds des Landes zum Abbau kommunaler Schulden werden nicht ausreichen, dass sich die Landkreise im derzeit überschaubaren Zeitraum aus ihren Haushaltsnöten befreien können.

Der Hessische Landkreistag wird deshalb darauf bestehen, dass die vom Land ab 2011 dauerhaft beschlossene Wegnahme der den Kommunen gehörenden 344 Millionen Euro zurück genommen wird. Zumal die von dem anerkannten Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Junkernheinrich festgestellte deutliche Ungleichverteilung der frei verfügbaren Einnahmen in Hessen von 2001 bis 2008 zu Lasten der Kommunen keine Rechtfertigung für diesen Mittelentzug bietet.



Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn im Rechts- und Europaausschuss

Aktuelle Initiativen der Landesregierung zur Förderung der Integration stellte der Hessische Staatsminister der Justiz, für Integration und Europa, Jörg-Uwe Hahn, im Rechts- und Europaausschuss des Hessischen Landkreistages am 6. September 2011 vor. Der Minister betonte, dass Integrationspolitik in der praktischen Umsetzung insbesondere vor Ort in den Landkreisen, Städten und Gemeinden erfolgt.

Einigkeit erzielten Staatsminister Hahn und die Ausschussmitglieder in der Bewertung, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die in möglichst jungen Jahren bei den in Deutschland lebenden Menschen ansetzen soll. Insbesondere aus den hessischen Modellregionen für Integration werden konkrete Maßnahmen für die verschiedensten integrationsrelevanten Handlungsfelder erwartet, die dann auch allen Landkreisen als Orientierung dienen können.

Rückzug des Landes aus der Finanzierung von Beratungsstellen für Schwangere nicht hinnehmbar

Der Hessische Landkreistag hat an den Landtag appelliert, von der geplanten deutlichen Reduzierung der Förderpauschalen für die Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz Abstand zu nehmen.

Nur auf diese Weise kann weiterhin eine qualifizierte Versorgung der beratungssuchenden Frauen und Paare – auch in der Fläche – gewährleistet werden. Auch wurde angemahnt, nicht auf die Kommunen als „Ausfallbürgen“ für diesen Rückzug des Landes aus dieser sozialpolitischen Verantwortung zu spekulieren.

Im Bundesvergleich ist die Finanzausstattung der hessischen Landkreise Besorgnis erregend

Auf Einladung von Landrat Robert Fischbach traf sich Anfang September 2011 der Finanzausschuss des Deutschen Landkreistages (DLT) in Marburg zu einer turnusmäßigen Sitzung.

Ein zentrales Thema waren die Kreisfinanzen, wobei das Land Hessen im Vergleich zu den anderen Landkreisen besonders auffiel: Die Entwicklung der Kreisfinanzen ist in Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern außerordentlich Besorgnis erregend. Das Defizit der Kreise in Hessen ist höher, als das aller anderen Kreise in den anderen Bundesländern zusammen. Hier herrscht Handlungsbedarf. Der Finanzausschuss des DLT teilte die Überlegungen des Hessischen Landkreistages, Verbesserungen notfalls juristisch einzuklagen.

Der Finanzausschuss des DLT hat noch einmal aufgezeigt, dass die Landkreise bundesweit vielfältige Aufgaben übernehmen müssen, für die sie nicht adäquat mit Finanzmitteln ausgestattet werden. Die Spirale der zunehmenden Verschuldung vor allem der hessischen Landkreise muss gestoppt werden. Das müsste eigentlich im Interesse aller Beteiligten sein, um eine funktionierende kommunale Ebene mit einem großen Aufgabenspektrum funktionsfähig zu erhalten.

Strategien gegen den Ärztemangel debattiert



Ausschussvorsitzender Schellhaas mit den Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen

Die Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, Frank-Rüdiger Zimmeck und Dr. Gerd W. Zimmermann, erläuterten in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 24. August 2011 ihre Vorstellung zur künftigen ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Im Mittelpunkt der gemeinsamen Beratungen standen hierbei neben den Konsequenzen aus den nunmehr vorliegenden Daten zum Ärztemangel in den Landkreisen insbesondere die Zukunft des ärztlichen Bereitschaftsdienstes, für den Reformüberlegungen dargelegt wurden.

Jobcenter brauchen flexibles Handwerkszeug

Anlässlich der Anhörung des Deutschen Bundestages zur Reform der arbeitspolitischen Instrumente für den Bereich des SGB II (Hartz IV) forderte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré: „Die Jobcenter müssen über flexibles Handwerkszeug verfügen, um den höchst unterschiedlichen Problemlagen der Langzeitarbeitslosen gerecht werden zu können. Anders kann eine erfolgreiche Integration nicht gelingen.“ Auch seien die Rahmenbedingungen vor Ort regional unterschiedlich: „Schon die Unterschiede bei der SGB II-Hilfebedürftigkeit zwischen 3,5% in Bayern und 17% in Berlin zeigen ein grundlegend verschiedenes Umfeld.“ Deshalb dürfe es nicht dabei bleiben, dass der Gesetzentwurf in der Begründung mehr Dezentralität und Passgenauigkeit verspreche, die Regelungen selbst diese aber nicht gewährleisten.

DLT begrüßt Einstellung des ELENA-Verfahrens – E-Government muss trotzdem weiterentwickelt werden

Der Deutsche Landkreistag begrüßt die Entscheidung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, das ELENA-Verfahren so schnell wie möglich einzustellen. Die beiden Ministerien haben zu Recht die Notbremse gezogen, weil das Projekt in seiner jetzigen Gestalt aus dem Ruder zu laufen drohte. Richtig umgesetzt hätte ELENA zu einer spürbaren Entlastung der Wirtschaft von Bürokratie und zu einer deutlichen Vereinfachung von Verwaltungsverfahren führen können. Zuletzt ist aber immer deutlicher geworden, dass das ELENA-Verfahren die Bürger überfordert und die Kommunen mit Kosten von deutlich über 200 Millionen Euro konfrontiert hätte.

Auch wenn ELENA nun zu Recht gestoppt werde, bleibe das Ziel richtig, durch einen verstärkten Einsatz von E-Government die Abläufe in der Verwaltung zu vereinfachen und Papierakten schrittweise durch elektronische Medien zu ersetzen. Bei künftigen Projekten sei stärker als bisher auf die praktische Realisierbarkeit und auf die Kosten zu achten.

Die Bezirksversammlungen haben in deren Sitzungen im Juni 2011 ihre bisherigen Vorsitzenden – Bezirksversammlung Nord: Landrat Dr. Karl-Ernst Schmidt (CDU), Bezirksversammlung Mitte: Landrat Wolfgang Schuster (SPD) und Bezirksversammlung Süd: Landrat Rudolf Marx (CDU) - wiedergewählt.

Am 14. Juni 2011 hat die Konferenz der hessischen Kreistagsvorsitzenden den Kreistagsvorsitzenden des Odenwaldkreises, Rüdiger Holschuh (SPD), zu ihrem Sprecher ernannt.

Landrat Klaus Peter Schellhaas (SPD) wurde in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 24. August 2011 als Vorsitzender wiedergewählt; ebenso Landrat Stefan Reuß (SPD) vom Rechts- und Europaausschuss in dessen Sitzung am 6. September 2011.

Zum 1. Oktober 2011 tritt Michael Cyriax (CDU) die Nachfolge von Berthold Gall (CDU) als Landrat des Main-Taunus-Kreises an. Im Präsidium nimmt künftig Landrat Manfred Michel (CDU), Landkreis Limburg-Weilburg, den Platz von Landrat a.D. Gall ein.

TERMINE

- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Dienstag, 04.10.2011, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**
Mittwoch, 5.10.2011, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Bezirksversammlung Süd**
Donnerstag, 27.10.2011, 09:00 Uhr, LK Groß-Gerau
- **Bezirksversammlung Nord**
Dienstag, 01.11.2011, 10:00 Uhr, Bad Hersfeld
- **Bezirksversammlung Mitte**
Mittwoch, 02.11.2011, 10:00 Uhr, Wetzlar
- **Schul- und Kulturausschuss**
Dienstag, 03.11.2011, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Rechts- und Europaausschuss**
Dienstag, 08.11.2011, 10:00 Uhr, Alsfeld
- **Sozialausschuss**
Dienstag, 15.11.2011, 10:00 Uhr, Wetzlar
- **Präsidium**
Donnerstag, 24.11.2011, 16:00 Uhr, Wiesbaden
- **Mitgliederversammlung/Jahrestagung**
Freitag, 25.11.2010, 09:00 Uhr, Wiesbaden



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Dr. Jan Hilligardt
(z. Z. geschäftsführend)
Direktor Gerrit Kaiser

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

**ERSCHEINUNGSWEISE /
AUFLAGE**
zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS
Hessischer Landkreistag
(Seite 1, 2 und 3)